

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
27 (1913)**

53 (4.3.1913)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-579501](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-579501)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstingen, Peterstraße Nr. 20 22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Blumenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Frachtposten 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die schlagwortlose Zeitschrift oder deren Raum für die Inserenten in Rüstingen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Nachbestimmungen unerschwerlich. Anzeigenliste 60 Pf.

27. Jahrgang.

Rüstingen, Dienstag den 4. März 1915.

Nr. 55.

An mein Volk!

In diese Zeit großer geschichtlicher Erinnerungen fällt auch der fünfzigste Geburtstag des „Offenen Antwortschreibens“, das Ferdinand Lassalle am 1. März 1863 an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Arbeiterkongresses zu Leipzig gerichtet hatte. Auch dieses Schreiben war ein Aufruf „an mein Volk“, zwar nicht der Aufruf eines Königs, aber die Proklamation eines politischen Genies. Und auch das Offene Antwortschreiben ist ein Dokument einer gewaltigen Kapitalismus- und die bürgerliche Gesellschaft.

Mit der Aufforderung des Antwortschreibens, eine selbstständige Partei des Arbeiterstandes zu konstituieren, führte Lassalle die große Idee des Marxismus von der Emanzipation des Proletariats aus eigener Kraft auf deutschem Boden der Verwirklichung entgegen, und wenn dies auch nicht ohne den Werkzeugh des Weislers selbst geschah, so hat doch die praktische Enttätigung dem Schiller recht gegeben. Ohne Marx keine deutsche Sozialdemokratie, ganz gewiß aber auch nicht ohne Lassalle.

Der Vorstand Lassalles, die Arbeiter auf dem Wege der freien individuellen Assoziation zu ihren eigenen Unternehmern zu machen, und damit die Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn zu beseitigen, war wie wir heute alle wissen, überreif und fehlerhaft. Aber von den Einzelheiten der Durchführung abgesehen, hat sich das Programm Lassalles in seinen Grundzügen für die Dauer als durchaus tragfähig erwiesen, und die Politik des als Partei konstituierten Arbeiterstandes, der Sozialdemokratie, wandelt heute noch auf Bahnen, die jenen ungefähre entsprechen, welche im „Offenen Antwortschreiben“ mit eindringender Klarheit vorgezeichnet ist.

Auf dem Wege des allgemeinen gleichen Wahlrechts, durch Vertretung des Arbeiterstandes in allen Parlamenten Deutschlands sollte Lassalle die Machtmittel zu gewinnen, um die Arbeiterfrage ihrer Lösung entgegenzuführen. Das sich diese Lösung heute im Zeitraume der riesenhafte Kapitalkonzentration anders darstellt, als damals vor fünfzig Jahren, wo sich die deutsche Industrie erst in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung befand, ist ohne weiteres begrifflich. Aber aus der Sprache der Sechziger Jahre in die unserer Zeit überlegt, erstreckt sich der Gedankengang Lassalles auch heute noch richtig. Sprach Lassalle von der Förderung der Arbeiterassoziationen durch den Staat des allgemeinen Wahlrechts, so sprechen wir heute von einer Sozialisierung der Gesellschaft durch die Demokratie der proletarisierten Massen. Und wie Lassalle vor fünfzig Jahren, so kämpfen wir auch heute im Sinn und zum Zweck unseres sozialistischen Endziels gegen das Dreiklassenwahlrecht in Deutschlands herrschendem Bundesstaate, für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Das Mittel, das Lassalle dem Zentralkomitee zur Erreichung des gleichen Wahlrechts anempfahl war das einer freibleibenden, aber mit aller Macht auf diesen Punkt konzentrierten Propaganda nach dem Muster des englischen Kampfes gegen die Korngeetze. Darin lag eine Knappheit, die auf die tatsächlichen Notwendigkeiten der gegebenen Situation, kein Missverständnis alter revolutionärer Ideen. Wie weit Lassalle davon entfernt war, die Bedeutung der tatsächlichen Machtverhältnisse und des Gewaltfaktors in der Politik zu verkennen, davon hatte er noch im Jahre zuvor in seinen Vorträgen „Ueber Verfassungskrisen“ Zeugnis abgelegt. So erwies er sich in der Formulierung seiner Forderungen, unbeschadet seiner grundsätzlichen Erkenntnis, auch hier als Meister der politischen Taktik. Ihm kam es vor allem darauf an, den Augenblick zu nützen, die Arbeiterklasse aus einem Anhängel der bürgerlichen Fortschrittspartei zu einer proletarischen Massenpartei zu erheben und eine große Volksbewegung zugunsten des allgemeinen Wahlrechts in Gang zu bringen. Das solche Bewegungen, sobald sie einmal entfesselt sind, sich nach ihrem eigenen Gesetze entwickeln, darüber hat wohl auch er keinem Zweifel hingeben.

Indessen hat sich die deutsche bürgerliche Arbeiterbewegung seit jenen Tagen tatsächlich auf freibleibenden Bahnen entwickelt, ohne daß darüber die Marx-Lassalle'sche Lehre von der Bedeutung der tatsächlichen Machtverhältnisse in Verfassungskrisen geraten wäre. Wohlwollende Zusammenhänge mit der übermächtigen Gewalt des Klassenstaates vermeidend hat sich die Arbeiterklasse aus einem politischen Nichts zu einem Machtfaktor im Staate entwickelt, der von seinen Gegnern angefeindet und bekämpft, aber in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden kann. Und wichtiger als die Frage, in welchen Formen sich später einmal der unvermeidliche Ausgleich zwischen dieser aufsteigenden Macht und der sinkenden

anderer Klassen vollziehen wird, wichtiger als die Diskussion über die später einmal anzuwendenden Mittel ist uns das Festhalten an den klaren Richtlinien, die seit Lassalles Tagen in der Hauptfrage dieselben geblieben sind: Erstämpfung der Demokratie, um durch die eroberte öffentliche Gewalt die Wirtschaft im Interesse des Volksganges zu beherrschen.

„Das allgemeine Wahlrecht von 80 bis 96 Prozent der Bevölkerung als Forderung aufgestellt und dabei auch mit Mogenwürde durch den ganzen nationalen Körper hin verbreitet — seien Sie ganz unbeforgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widerlegen würde! Dies ist das Zeichen, das Sie aufpassen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes dafür!“

Es war kein König, es war ein Mann aus dem Volke selbst, der so zu seinem Volke sprach. Er sprach nicht mit der Machtgewerde eines Mannes, der hoch oben thront und herrscht, aber mit der Begeisterung eines aus der Tiefe Aufsteigenden, der bereitwillig, um den Seinen zu helfen, Verbienste sein Wort weniger gehört und das Andenken seiner geschichtlichen Tat weniger geehrt zu werden? Ein paar Monate nach dem Aufruf „An mein Volk“ war Napoleon gestürzt und vertrieben. Wir kämpfen seit fünfzig Jahren den schweren Kampf gegen eine Macht, die härter ist, als die gewaltige Persönlichkeit, gefährlicher und fürchtbarer als sie. Aber wir wissen, daß auch diese große Volksbewegung, in deren Gefolge Lassalles Offenes Antwortschreiben einer der wichtigsten Dokumente darstellt, zum Sieg gelangen und dem Volk die Freiheit bringen wird, die es einst in kindlichem Vertrauen von königlichen Versprechungen vergebens erhofft hat.

Politische Rundschau.

Rüstingen, 3. März.

Eine Vermögenssteuer zur Deckung der Militärbevölkerung.

Der Aufruf der Hurrapatrioten um die Deckung der Kosten für die Militärbevölkerung wird eine kleine Wendung nehmen müssen, wenn er auch noch lange nicht beiläufig ist: Es wird jetzt vorgeschlagen, daß zur Deckung der außerordentlichen einmaligen Kosten der Heeresvermehrung eine einmalige Steuer vom Vermögen gebildet werden soll. Offiziell wird dies beiläufig.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Sonnabend vertritt sich zunächst gegen den Vorwurf, die Heeresvermehrung komme zu spät an den Reichstag:

„Von einem Hören kann gar nicht die Rede sein, die Verlage ist eben noch nicht so weit, daß sie bereits eingebracht werden konnte. Auch von einem „Verpassen der Gelegenheit“ darf man nicht sprechen; denn der Entwurf, unsere Wehrkraft erneut zu verstärken, ist wie an dieser Stelle bereits Mitte Dezember angedeutet wurde, alsdann nach dem Umsturz der Reichsämter im Südtal Europas gefaßt worden. Wie, daß zu geschehen habe, bedurfte gründlicher Ermägung, und zwar umsomehr, als es sich um nicht um einen Wurf des Bundeslandes ankommen, sondern nach dem Ernst der Lage sich nur um den wohlüberlegten großzügigen Ausbau unserer Wehrmacht unter Ausnutzung des gesamten bisher noch liegenden Teiles des wehrfähigen Volkes handeln konnte. Ueberlegung wäre, wenn irgendwas, gerade hier höchlich geraten. . . . Wenn es gelang, die Verlage um die Mitte dieses Monats an den Bundesrat zu bringen, so ist das eine ensprechende Leistung, die allerdings nur derjenige einzuschätzen in der Lage ist, der sie selbst einmal zu leisten gehabt hat. Wenn dann der Reichstag die Verlage nach der Sitzung unter Dach bringt, so ist auch keine Zeit verloren; denn die gebotenen Heeresvermehrungen können sämtlich frühestens am 1. Oktober 1915 durchgeführt werden. Nach Einführung der amtlichen Dienstzeit ist ein anderer Zeitpunkt als der Herbst für die Durchführung geheimer Organisationsänderungen nicht möglich ohne eine bedenkliche Erschütterung des Gesamtorganismus des Heeres und ohne Schädigung der sonstigen Ausbildung der bestehenden Truppenteile. Um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, ist es allerdings erforderlich, daß die Heeresvermehrung spätestens im Frühling die Verlage zum Gesetz erhoben sieht. . . . Auch die Verlagefrage wird überall lebhaft erörtert. Wie wir erfahren, besteht bei der Reichsleitung die Ansicht, die wegen ihrer Höhe ganz besonders im Gewicht stehenden einmaligen Kosten der Heeresvermehrung durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen zu decken. In dieser Angelegenheit findet heute nachmittags auf Einladung des Reichslänglers eine Besprechung der stimmberechtigten Mitglieder des Bundesrats statt.“

Die Besprechung stimmführender Mitglieder des Bundesrats hat stattgefunden. Zwei Stunden hat man sich nach einer Meldung des „Kosel-Anzeiger“ mit der Verlagefrage befaßt. Das Scherblatt weiß über die Zusammenkunft, dann noch zu berichten: „Wenn auch Beschlüsse natürlich, dem vorbereitenden Charakter dieser Konferenz entsprechend, nicht gefaßt wurden, so dürfte doch der Bundesrat für den Vorstoß einer „Kriegssteuer“, wie sie hier geplant wird, vor-

ausichtlich zu gewinnen sein; die großen Bundesstaaten haben bereits ihre Zustimmung erklärt. Es heißt ferner, daß an dieser Vermögenssteuer auch die deutschen Bundesfürsten teilnehmen sich bereit erklärt haben, jedoch ihr verfassungsrechtlich begründetes Privileg der Steuerfreiheit für diesen einen Fall außer Anwendung bleibe. Es geringerer Vermögensbesitz von der Steuer verschont werden soll, nicht noch nicht fest, keineswegs aber denkt man daran, die Abgabe erst von einem Vermögen von 20 000 oder gar von 50 000 Mark aufwärts zu erheben, da sonst der erforderliche Betrag nicht aufzubringen wäre. Die Vorlage der Reichsleitung soll in den nächsten Tagen dem Bundesrat zugehen, der, wie man annimmt, sie im Laufe der kommenden Woche verabschieden wird.“

Bei der Deckung der Kosten durch eine Vermögenssteuer sollen also auch die Fürsten teilnehmen. Die offizielle „Nordd. Allgem. Zeitung“ weiß hierüber noch nichts zu berichten. Auch über die Höhe der Belastung der einzelnen Vermögen ist keine Angabe zu machen.

Die „Tagl. Rundschau“ hält die Verzinsung der Fürsten zur Steuer ganz in der Ordnung, indem sie bemerkt: „Wohl darf erwartet werden, daß die Opfer von jedermann gefordert und gebracht werden, und zu den „jedermann“ rechnen wir auch die deutschen Fürsten, die regierenden Fürstentümer, deren Steuerprivilegien in eine Zeit, da an die allgemeine außerordentliche Opferwilligkeit appelliert werden muß, nicht mehr hineinfallen. Wir wünschen nicht, daß die Fürsten selbst ihren Vätern mit gutem Beispiele vorangehen und durch freiwilligen Verzicht auf ihre Steuerfreiheit, wenigstens für dieses Opferjahr, sich an die Spitze der Bewegung stellen.“

Entgegengelegter Ansicht ist die freikonservative „Voll“. In der Sonnabendnummer wird zunächst bezweifelt, daß eine Vermögenssteuer „als viel Werkstoff“ hat. Vor allem aber erscheint diese Steuer unpraktisch, wenn dabei die Vermögen bis zu 50 000 Mark freibleiben sollen, denn so sind die Millionäre schließlich doch nicht getät, daß man von einer Steuer, die fast ausschließlich die Kapitalisten erfassen würde, allzu hohe Beträge erwarten kann -- vorausgesetzt, daß man nicht gerade zur Expropriation schreiten will.“

Zu der „Fürstensteuer“ bemerkt das Blatt im Anschluß an eine Äußerung, die an „sehr hoher Stelle“ gefallen sein soll und die lautet habe: „1813 war ein Opferjahr, lassen wir es 1913 für jedermann auch sein, denn die Zeiten sind heute kaum weniger ernst als vor hundert Jahren“. Sollte der Ausspruch so gefallen sein, so würde das eine Entgegenwilligkeit bedeuten, deren Hochherzigkeit nicht groß genug veranschlagt werden kann, da mit einem Verzicht auf die fürstliche Steuerfreiheit zweifellos eine bedeutende Verschönerung in die Reservatrechte der Fürsten überhaupt gelegt werden würde.“

Offenbar will man sich in konservativen Kreisen mit dieser einmaligen Fürstensteuer nicht befassen, und die Vermögenssteuer müßte man am liebsten vermissen. Auch den Kapitalisten ist die Sache sehr unangenehm. Zwar hält die „Deutsche Tageszeitung“ am Sonnabend -- wie sie selbst hervorhebt -- ihre Ansicht über die Vermögenssteuer noch zurück; aber sie deutet schon an, daß sie gewichtige Bedenken hat. Vor allem aber hat das Scherblatt Angst vor einer Neueinschätzung. Auch soll die „einmalige Abgabe“ auf mehrere Jahre verteilt werden.

Man sieht hieran, daß sich um die in Vorstoß gebrachte Vermögenssteuer in bürgerlichen Kreisen noch heftige Debatten entfalten werden. Verschließen wollen die Herren wohl die schweren Lasten, aber nicht bezahlen!

Deutsches Reich.

Das Dreiklassenparlament und die Bergarbeiter. Das preussische Abgeordnetenhaus verhandelte am Freitag vor leeren Bänken über die Verhältnisse der Bergarbeiter. Die Konservativen, denen die Lage der Bergarbeiter völlig gleichgültig ist, beteiligten sich an der Debatte überhaupt nicht. Von den Freikonservativen hielt es Abg. Freiherr v. Jolly für erforderlich, wenigstens mit einigen kurzen Worten anzudeuten, daß die Löhne der Bergarbeiter im Ruhrrevier zu zurückgehen, daß die tüchtigsten Arbeiter infolge dessen abwandern. -- Im wesentlichen bestritten die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokratie die Kosten der Debatte. Das Zentrum schickte nicht weniger als drei Redner vor, die samt und sonders über die schlechte Entlohnung der Bergarbeiter in Brechen klagten. Es erwachte den Anschein, als ob das Zentrum wieder einmal Wohlreden halten wollte. Denn es ist auf die Stimmen der Bergarbeiter angewiesen. Es weiß sehr wohl, daß es sich namentlich bei der letzten Bewegung im Saarrevier an den Arbeitern arg verdingte und

die Arbeiter sich in hellen Scharen von ihm abzuwenden. Genosse Reinert verdrückte dem auch dem Zentrum gründlich das Konzept, indem er, gestützt auf ein reichhaltiges Material, den fortgesetzten Verrat des Zentrums an den Interessen der Arbeiter geißelte und das Verhalten der verschiedenen Arbeitgeberorganisationen dem Lohnbewegungen, namentlich den im Saarrevier gegenüber, gebührend brandmarkte. Selbstverständlich nahm sich Genosse Reinert auch sonst mit Nachdruck der Interessen der Bergarbeiter an.

Das Haus hat am Sonnabend den Etat der Bergverwaltung zu Ende beraten. Die Sitzung nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Die Debatte drehte sich um die Frage der Verhütung von Unfällen. Bekanntlich wurde vor einigen Jahren das Zentrum der Sicherheitsmänner gelassen. Der Abg. Juchacz vom Zentrum lobte die Einrichtung der Sicherheitsmänner, obwohl er zugab, daß bisher noch nicht genügend Erfahrungen darin vorliegen. — Auf einen wesentlichen anderen Standpunkt betonte sich Genosse Reinert, der die vielen Unfälle zur Sprache brachte, denen die Sicherheitsmänner ausgesetzt sind, an der Hand der zahllosen Unfälle nachweist, daß dieses System durchaus nicht genügt und schließlich einen durchgreifenden Bergarbeiterstreik fordert. Am folgenden Tage brachte Genosse Reinert auch das Verhalten des Knappschaftsvereins Glatthaal zur Sprache, der ohne Rücksicht auf die Forderungsverhältnisse den vor dem Jahre 1908 invalid gewordenen Bergarbeitern die Invalidenrente entzogen hat. — Heute beginnt die Beratung des Eisenbahnetats. Es besteht die Absicht, die zweite Etatsberatung mit Ausnahme des Kultusetats vor Herrn zu erledigen. Der Kultusetat soll erst nach den Osterferien, die vom 11. März bis 1. April dauern, in Angriff genommen werden.

Ein preussisches Gesetz über das Arrentrecht. Die Justizkommission des Reichstages hat sich mit einem sozialdemokratischen Antrag, der die Staatsregierung auffordert, auf ein Reichsgesetz hinzuwirken, wodurch das genannte Arrentrecht geregelt werden soll. Die Justizkommission stellte sich nicht auf den Standpunkt, daß ein Reichsgesetz verlangt werden soll, indem aber dem sozialdemokratischen Interpellationsantrag an, ein Landesgesetz dieses Inhalts zu fordern.

Meine Anfrage im Reichstage. Die nationalliberalen Abgeordneten Dr. Baasche und Herr v. Nischthofen haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

Es ist dem Herrn Reichstagsler bekannt, daß die englische Firma Kewer Brothers sich weiter bemüht, eine Ausbeutungsorganisation über circa 12 000 englische Quadratmeilen des nordwestlichen Landes der Republik Liberia zu erhalten, und ist der Herr Reichstagsler bereit, die durch diese monopolistischen Bestrebungen gefährdete Reichsregierung der deutschen Interessen in Liberia zu schützen?

Das deutsch-französische Manifest und die Küstungsleiter. Das gemeinsame Manifest der deutschen und der französischen Sozialdemokratie gegen das Treiben der Küstungsleiter in beiden Ländern spricht so unmittelbar und eindeutig zur Vernunft aller noch denkfähigen Menschen, daß die nationalliberalen Presse haben und drüben keinen Einwand dagegen ausfindig machen kann. Ein Teil hilft sich aus der Verlegenheit, indem er das Manifest ganz einfach unterdrückt, ein anderer drückt es ganz oder zum Teile ab und verzicht es mit hilflosen Bemerkungen, die kaum der Erwähnung, geschweige denn der Widerlegung wert sind. In allerneuester betreiben diese Handlungsweisen in Ausbrüchen der idiotischen Feindschaft, daß aller Wahrheitsliebe nicht trotz des sozialdemokratischen Protestes den beiden Käufern die Erweiterung der militärischen Dienstpflicht, die Ausgabe von einigen Milliarden und die Verärgerung der gegenseitigen Spannung nicht erspart bleiben wird.

Wie gelangt, ist das althergebrachte das Papier nicht wert, auf das es gedruckt ist, und darum mag eine Probe genügen, die den allgemeinen „Geist“ der chauvinistischen Kritiker zurechtfinden wird. Die „Tägliche Rundschau“, das Organ der alldeutschen Intelligenz, schreibt:

„Doch i nüt lach!“ — Jene, ihre mächtige Stimme ausstößend, über die Weltgeschichte macht nicht hall. Von Luthers Bekanntheit, und die Windmühlentügel drehen sich weiter.

Mit anderen Worten: Gegen die Vernunft und Folgerichtigkeit der sozialdemokratischen Rundgebung haben wir nichts zu sagen. Aber wir sind nun einmal blödsinnig und wollen blödsinnig sein! Hurra!

„Sozialdemokratische Massenbeschäftigung.“ Die Reichsberndungspreffe verbreitet unter dieser Ueberschrift eine verlogene Geschichte, nach der auf dem Berliner südlichen Gute Hohenschönhausen von Fleischbergellen, die im Zentralverband der Fleischer organisiert sind, Massenbeschäftigung an Fleisch und Wurstwaren ausgeführt worden sein sollen. Mit dieser Erzählung soll natürlich zunächst die Organisation der Fleischbergellen und im weiteren die ganze Sozialdemokratie als eine Gesellschaft gebrandmarkt werden, in der Selbstüberhebung geduldet und womöglich noch begünstigt werden.

Diese verblenden Verleumdungen stützen sich auf einen groben Artikel in der „Deutschen Fleischergesellen-Zeitung“, Organ des gelben Fleischergesellen-Bundes. Und der Arzeneuge dieses Organs ist ein Fleischergeselle Sefus, der in Hohenschönhausen beschäftigt war, dort wegen Diebstahls entlassen und zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Er gebot früher der meisttreuen Organisation an, trat aber während seiner Tätigkeit in Hohenschönhausen dem Zentralverband der Fleischer bei; diesem unterließ er Verbandsbeiträge und wurde aus dem Verband ausgeschlossen, noch bevor seine anderen Spitzbübereien ans Tageslicht kamen. Die ganze Geschichte von Massenbeschäftigung der Fleischergesellen in Hohenschönhausen stellt sich dar als ein Hochverrat dieses Sefus. Er reizte nach seiner Verurteilung an die Staatsanwaltschaft eine Denunziation gegen seine früheren Kollegen ein; die Staatsanwaltschaft mußte aber nach mehrwöchiger Untersuchung das Verfahren mangels jeglichen Beweises einstellen. Sefus veruchte nun, die Gesellen bei der Administration zu denunzieren; auch das blieb ohne Er-

folg, aus dem einfachen Grunde, weil Diebstähle — weder in einzelnen Fällen, noch in Massen — nicht vorgekommen waren. Da zu Unrecht beschuldigten Gesellen befinden sich noch heute in ihren Stellungen. Im Januar dieses Jahres ist einmal in der Fleischerei eingebrochen worden. Bei der Untersuchung stellte sich aber heraus, daß ländliche Arbeiter die Schuldigen gewesen sind. Verberberische Fleischergesellen sind also in Hohenschönhausen gar nicht vorhanden und man kann solche infolge dessen auch weder dem Verband noch der Sozialdemokratie an die Kehle hängen. — So entpuppt sich die Schamurmer wieder einmal als eine jener Gemeinheiten, ohne die nicht einmal die Gegner der Sozialdemokratie ihren Kampf gegen die Arbeiterbewegung nicht zu führen vermögen.

Die Frage der Erneuerung des Kohlenbudgets wurde am Freitag in der Bochumer Stadtverordnetenversammlung gestreift. Der zweite Vorsitzende des Kollegiums, Hütten-direktor Pieper, begründete als Referent für den städtischen Haushaltplan eine starke Ergänzung des Ausgleichsfonds, mit der noch ungeklärten Lage auf dem Kohlenmarkt. Die Bergwerksindustrie erhoffe zwar die Erneuerung des Budgets und den Anschlag der fassfähigen Beden; bisher sei aber eine Formel für die Einigung noch nicht gefunden. Sollte wider Erwarten das Budget nicht erneuert werden, so würde das eine nationale und formale Gefahr bedeuten. Dieser Gefahr sei, soweit wie möglich, schon jetzt Rechnung zu tragen.

Ceserreich-Ungarn.

Zum Generalstreik in Ungarn. In der Sonnabend-sitzung des ungarischen Reichstages wurde das Wahlrechtsgesetz noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es Dienstag oder Mittwoch beraten. In der Hauptstadt gehen sich bereits überall die Vorbereitungen des Generalstreiks an. An alle Strassenenden stehen Trupps von Menschen, die die Plakate lesen, welche das Polizeipräsidium und der hauptstädtische Magistrat angehängen haben. Am Platze des Oberstaatsanwalts nennt der Polizeipräsident vor dem Generalstreik und erklärt, daß die Polizeibehörde das Streiken als Aufruhr betrachtet. Ferner zeigt das Plakat genau an, welche Vorkehrungen die Polizei zu treffen hat, um jede Anwohne im Reim zu erschlagen. Zum Schluß wird den Bürgern der Rat gegeben, sich ruhig zu verhalten und bei der geringsten Ausschreitung des Volkes sich an die im Plakat aufgeführten Stellen telefonisch zu wenden, wo Polizei, Gendarmen und Militär zum Schutze der Bürgerwehr bereit seien. Am Platze des Magistrats wird das Volk aufgefordert, sich Lebensmittel für drei Tage im Voraus anzuschaffen; zugleich enthält dieses Plakat ein genaues Preisverzeichnis der Lebensmittel. — Die Besetzungsgesellschaft weist die Bevölkerung darauf hin, daß neben den 18 ständigen Kerzen je für die Tage des Generalstreiks 250 hauptstädtische Kerze angeordnet habe. 12 Autos und 30 Wagen stehen bereit, etwaige Verwundete zu transportieren.

Die Sonnabendausgabe des „Nepeséna“ wurde wieder wegen Majestätsbeleidigung konfisziert, und da der Staatsanwalt die Konfiskation bei Nacht vorgenommen hatte, wurde die Erscheinung nach der Provinz verhindert. Die Redaktion der „Nepeséna“ hat indessen im Laufe des Vormittags eine zweite Auflage hergestellt und die erste Seite der Auflage ganz freigelassen.

Sonnabend nachmittag 2 Uhr kam ein Angebot von Polizisten und Detektiven zum Parteibureau und zur Truflerei, um dort Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Der Verfasser einer Flug-schrift, die an das Militär gerichtet ist und die Aufschrift trägt: „Proletarier im Soldatenrock!“, hat angeblich den Untersuchungsrichter gestanden, daß dieses Flugblatt in 2 1/2 Millionen Exemplaren gedruckt wurde. Bei der Hausdurchsuchung, die unlängst in der Buchdruckerei vorgenommen wurde, konnte kein einziges Exemplar gefunden werden. Nun hat das Storkommando in Budapest den Untersuchungsrichter verständigt, daß diese Flug-schrift noch immer in den Koffern verteilt werde und daß er im Interesse der Sicherheit der Armee die strengste Untersuchung fordere. So hielt nun am Sonnabend in der Parteibuchdruckerei wieder vom Keller bis zum Boden Hausdurchsuchung ab, die ebenfalls kein einziges Exemplar der Flug-schriftutage förderte.

Die vereinigte Deputation hielt am Sonnabend eine Konferenz ab, in welcher die Lokalfestlegung wurde, die die Opposition bei der Verhandlung des Wahlrechtsgesetzes im Reichstage beobachten will.

Renntweil.

Zur Dreierüberfaltung. Offiziell wird gemeldet, der Regierungsentwurf über die Armeevermehrung würde vor seiner Veröffentlichung erst im Obersten Kriegskollegium unter dem Vorsitz des Kriegsminister und im Obersten Rate der nationalen Verteidigung unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré einer neuen Prüfung unterzogen werden.

Jinken.

Der Wählerzuwachs der Wahlreform. Aus Rom wird uns geschrieben: Die im vorigen Jahre zur Annahme gelangte Erweiterung des Wahlrechts hat, wie sich nach dem Abschluß der Wählerlisten für das Jahr 1913 ersehen läßt, die Zahl der Wahlberechtigten um 5 310 723 erhöht. Die letzte Wählerliste nach dem alten Gesetz zählte 3 319 207 Wahlberechtigte oder 9 Proz. der Gesamtbevölkerung; durch die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Anstaltsabgaben über 30 Jahre und auf alle männlichen Bürger, die ihren Militärdienst geleistet haben, ist die Zahl auf 8 629 930 oder 25 Prozent der Bevölkerung gestiegen. Man hatte nur einen Zuwachs auf 7 7 Millionen vorausgesehen. Begreiflicherweise wird die Erhöhung der Zahl der Wahlberechtigten zunächst den Prozentsatz der Wahlbeteiligung wesentlich herabdrücken, da Jargon politischer Erziehung nötig sein werden, ehe das ländliche Proletariat das neue Recht, das ihm kampflös geworden ist, zu nützen versteht.

Zur Förderung der Lustfischerei will die Regierung Ruhegehälter für Berufsfischer und Amateure und Jubiläumsgelder für Fischer, die bei ihrem Beruf verun-

glücken, einführen. Ebenso sollen die Hinterbliebenen von verunglückten Fischern unterzogen und Preise für Dauer-fischer ausgesetzt werden.

Aus Tripolis. In der Nacht von Freitag auf Sonnabend griffen einige hundert Rebellen das Fort Buagial an, wurden jedoch von den italienischen Truppen unter starken Verlusten in die Flucht gezwungen. Auf Seiten der Italiener fielen zwei Offiziere; ein Major von der Berggarde wurde leicht verwundet. Die Rebellen ließen 35 tote, darunter zwei Anführer, auf dem Kampfplatze zurück, andere tote sowie zahlreiche Verwundete hatten sie bereits während des Kampfes fortgeschickt.

Politische Notizen. Die „Konservative Korrespondenz“ teilt mit, daß am 12. März in Berlin ein allgemeiner deutsch-konservativer Parteitag abgehalten wird. Graf Westphal über die Arbeiten des Reichstages reden, außerdem sollen Berichte aus den Landtagen der Einzelstaaten gegeben werden und von Preben-Brand eine „Auswertung“ angehängt. — Zwischen dem Provinzialparlament der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei in der Rheinprovinz ist für die preussischen Landtags-wahlen ein Uebereinkommen getroffen worden, nach dem beide Parteien sowohl in der Kandidatenstellung wie in der Wahl-licht, zusammengehen. — General der Infanterie Friedrich von Wittentzen, Kommandierender General des 9. Armee-Korps, wurde zum kommandierenden General des Gardekorps ernannt. — Nach Serbien darf bis auf weiteres kein russischer eingeleitet werden.

Vom Balkankrieg.

Und wieder von dem Frieden.

Folgende Telegramme besuchten die Lage: Rom, 1. März. Die „Gongolo Stefano“ umgibt London: Die ottomanische Regierung hat der englischen Regierung mitgeteilt, sie gebe sich bezüglich des Friedensschlusses vollkommen in die Hände der Mächte.

Wien, 1. März. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die englische Regierung und die Reichswehr der Mächte in London erhielten allein Aufschne nach durch die dortige Vertretung der Türkei eine Mitteilung, nach welcher die Worte bereit sei, die Vermittlung der Mächte zur Feststellung der Friedensbedingungen anzunehmen. Die nächste Aufgabe der europäischen Diplomatie ist, eine entsprechende Erklärung auch von den Balkanregierungen zu erlangen.

Saloniki, 1. März. Hier sind über 300 Familien türkscher Offiziere aus Monastir und Uscub eingetroffen. Sie befinden sich in größtem Elend und wurden teils in Seebergen untergebracht, teils nach Konstantinopel eingeschifft.

Eine Verwirrung.

In Konstantinopel will man eine Verwirrung hoher Offiziere entdeckt haben; die hochbedingten, die Regierung zu führen. Die Regierung veröffentlicht ein Dekret, in dem von einer Verändereverammlung geschaut wird. Die Verammlung bestoh, eine Massenfundation vor der Worte zu veranlassen, die Politik des Robinsons öffentlich zu loben, hierauf vor das Palais des Prinzen zu gehen und dort zu verlagern, daß die Regierung abgelehnt und vor das Kriegsgericht gestellt und das im Kabinett aus Anhängern der Regentifikation ernannt werde. Der Verlust der Verammlung löst die Absicht in sich, die Mitglieder der Regierung und ihre Anhänger festzunehmen und sie an Bord eines bereitstehenden Schiffes zu bringen. Die Regierung soll die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Luft, der Sekretär des Prinzen Sabah Eddin, das Haupt der Verwirrung war. Die Kundgebung sollte nach dem Heli Adrianopel und nach der Einnahme Gallipolis durch die Bulgaren stattfinden. Der frühere Militärkommandant von Konstantinopel, Oberstleutnant Sowlet, der frühere Polizeipräsident Oberstleutnant Haffiz und das ehemalige Mitglied des Kriegesgerichts, Hauptmann Kadret, die alle geflüchtet sind, sind durch die Hausdurchsuchung bloßgestellt worden. Am Tage nach der Hausdurchsuchung forderte der russische Konsul auf der Worte, daß der ganzen Zivilbevölkerung von Adrianopel gestattet werde, die Stadt zu verlassen. Wie es heißt, machte er auch einige Vorschläge, die den Friedens-schluss erleichtern sollen.

Gewerkschaftliches.

Schneiderstreik. Ein Telegramm meldet aus Berlin von gettern: Eine Versammlung von mehr als zweitausend in der Berrentkonfektion Groß-Berlins beschäftigten Schneiderinnen erklärte sich heute nachmittag unter Ablehnung der Angebote der Arbeitgeber einmütig für Arbeitsniederlegung, die am Montag früh erfolgen soll.

Oldenburgischer Landtag.

Dieser Mittwoch findet die 15. Plenarsitzung statt; auf deren Tagesordnung 18 Punkte stehen. Alle Punkte handeln von Eingaben, die wir in Route der letzten Tage registriert haben. — Eingegangen ist ferner der Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Änderung der Aufstapfordnung der Gendarmerie im Herzogtum Oldenburg und Fürstentum Lübeck. Hierzu beantragt der Ausschuss: Der Landtag wolle beschließen: 1. Ich, damit einverstanden zu erklären, daß über die in der Befehls- und Aufstapfordnung vorgesehene Zahl hinaus 10 weitere Gendarmen eingestellt werden, und zum Bundesstaatsveranschlag für das Herzogtum Oldenburg für 1913 18 000 Mark, zum Bundesstaatsveranschlag für das Fürstentum Lübeck für 1913 2000 Mark nachzubilligen, 2. Die Staatsregierung zu ermächtigen, vorübergehend, falls Abgänge im Gendarmeriekorps bedürftigen, zum Ersetze Gendarmen zu ihrer Ausbildung vorzeitig einzustellen und 3. die Staatsregierung zu ermächtigen, den Erbauern von Gendarmenwohnungen nach Bedarf Zuschüsse bis zu 2 Prozent der notwendigen Veranschlagungen zu gewähren. Ein zweiter Antrag lautet: Die Vorlage der Staatsregierung damit für erledigt zu erklären. Auch diese Angelegenheit kommt Mittwoch bereits zur Verhandlung im Plenum.

Sokales.

Rüstringen, 3. März.

**Die „Deutsche Tageszeitung“ und die hiesigen
Werftarbeiter.**

Nach dem Tode, an dem im Wollfabrik in Berlin die diesjährige Beratung des Marineamts einleitete und die beauftragten Vertreter der Werftarbeiter in den Staatswerken, die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, sich vorbereiteten mit Entschiedenheit und Nachdruck die langjährigen Wünsche und Forderungen der Werftarbeiterarbeit zu erläutern und ihre Erfüllung zu verlangen, veröffentlichte die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des biedereren Anstehenden, einen Artikel unter der Überschrift: „Von den Arbeitern der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven.“ Das ist eine besondere Freude sein müssen, die das Organ des Junkertums bestimmen, sich ausnahmsweise einmal mit den Arbeitern zu befassen, liegt auf der Hand. Wenn es dann und wann geschieht, geschieht es im irgendwelchen Vorhinein zu machen, die Arbeitermassen nach rechtsler als bisher zu machen oder aber sie mit Ausnahmestrichen zu bedrohen. So nicht anders auch jetzt, wo es die hiesige Werftarbeiterarbeit ist, die das zweifelhafteste Interesse des junkerlichen Reichstagsverordneten hat. Der erwähnte Ertrag hat folgenden Wortlaut:

Man schreibt uns: Bei den letzten Wahlen zum Arbeiterausschuss der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven wurden 4000 Stimmen abgegeben, davon 3700 für die Liste der sozialdemokratischen Arbeiter Gewerkschaft. Für den Arbeitervertreter wurden 224 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und nur 212 für den nichtsozialdemokratischen. Bei den letzten Stadtratswahlen am 30. November in Rüstringen, den Arbeitervereine von Wilhelmshaven, wählten von 6540 Wählern, die ihre Stimme abgegeben hatten, 3550 sozialdemokratische.

Eine nähere Benennung dieser Verhältnisse ist nicht nötig. Die Sozialdemokratie scheint unter den Arbeitern der Kaiserlichen Werft festen Fuß gefaßt zu haben, obwohl die Arbeitsordnung der Kaiserlichen Werft vom Jahre 1907 sagt, daß die für den Dienst in der Marineverwaltung im Arbeiterverhältnis anzunehmenden Personen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein dürfen, von denen zu erwarten ist, daß sie die Beziehungen zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören könnten. Diese Bestimmung weist erheblich ab von den Grundgedanken des Arbeitervertrages, den die Staatsbehördenverwaltung mit den anzunehmenden Arbeitern abschließt. Da heißt es ausdrücklich, daß der Arbeiter sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und Versammlungen sozialdemokratischer Parteien und sonstiger sozialdemokratischer Versammlungen, sowie der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen absehen soll. Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmungen viel strenger und schärfer sind als die entsprechende Bestimmung in der Arbeitsordnung der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven. Die begünstigenden Verhältnisse mit diesen Bestimmungen und behalten wir vor, darauf zurückzukommen, wenn der Etat des Reichsmarineamts im Reichstage zur Verhandlung stehen wird.

Der Zweck dieser unfairen Werbung ist nicht schwer zu erraten. In der Budgetkommission des Reichstages haben die sozialdemokratischen Abg. Dr. Eichen, Brandes und Vogler angefaßt des unverständlichen Verhaltens der Werft in verschiedenen Fällen vom Staatssekretär des Reichsmarineamts eine Klippe und klare Erklärung verlangt, was die Marinebehörden unter dem Ausdruck „sozialdemokratischer Agitator“ verstehen. Sie haben ferner die Befestigung des mit den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen im Widerspruch stehenden § 10 der Arbeitsordnung, der den sozialdemokratischen Agitator freilos macht, verlangt. Zum mindesten ferner eine Beschränkung dieses Paragraphen auf das Arbeitsverhältnis gefordert. Eine Erklärung darüber, was man im Reichsmarineamt unter „sozialdemokratischer Agitator“ versteht, hat der Staatssekretär nicht gegeben. Hätte er es getan, wäre dieser § 10 der Arbeitsordnung entweder noch faustschärftiger geworden oder aber die Werftbehörden und insbesondere die hiesige, hätte eine Dekonvierung erlebt. Der Leiter des Reichsmarineamts drückt sich deshalb klar um die verlangte Erklärung herum. Aber er lieh immerhin erkennen, daß er einer künftigen Beschränkung des § 10 der Arbeitsordnung, nur auf die Arbeitszeit selbst, nicht unter allen Umständen absehend gegenüberstehe. Die konservative Schirmherrschaft erklärte natürlich, daß sie alle auf eine Abänderung dieses Paragraphen im milderen Sinne gestellten Wünsche ablehne und die nicht militärischen Arbeiter der Werft für der Behörde bedingungslos ausliefern. Sie vergaß auch nicht zu erwähnen, daß überhaupt jeder sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter freilos gemacht werden müsse, welche Brutalität die Werftbehörde im eigenen Interesse zum Leidwesen derer um Anstehenden aber doch nicht allgemein üben kann.

Um nun eine etwaige engere Fassung dieses § 10 der Arbeitsordnung zu verhindern, brachte das genannte Blatt den zitierten Artikel. Die Frage, daß alle auf die Listen der freien Gewerkschaften entfallenden Stimmen bei den Arbeiterwahlen als sozialdemokratisch bezeichnet werden, scheinen wir ihr, sie gebührt nun einmal zum eisernen Bestand der Wahrhaftigkeitswaffen des Scharfmachergehirns. Kennzeichen wollen wir nur den Verstand, das Reichsmarineamt aufzuklären, den Werftarbeiter in die Fesseln zu legen, in denen die Eisenbahnarbeiter des Junkerstaates Preußen schmachten. So wie unsere Genossen im Reichstage diesen laubenden Mann entbunden und seinen Modernen dafür einen kräftigen Schlag auf die schmerzhaften Stirnen verabschieden werden, so muß auch die Werftarbeiterarbeit in ihrer Gesamtheit der arbeitfeindlichen Junkerliste einen empfindlichen Denk-

zettel geben und nun erst recht sich den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse anschließen!

Gartenlauberpachtung. Am Donnerstag den 6. d. M., vormittags 10 Uhr beginnend, erfolgt die Verpachtung der Bremer-Banter Landgesellschaft gehörigen Gartenlände an der Koller, Ketten-, Anker-, Schloffer-, Tischler-, Elbergräbe, Kuhn-, Seebild-, Annen-, Moon-, Deine- und Admiral-Katt-Strasse auf drei Jahre. Die Verpachtung erfolgt öffentlich meistbietend und beginnt in der Richterstrasse. Das übrige ist im Anzeigenteil ersichtlich.

Ein Einbruch wurde gestern abend in der an der Zehntenstraße belegenen Wohnung des Kassierers des Lieferservice „Cola traja fresena“ verübt. Da der Verein einige Tage vorher eine Festlichkeit gehabt hatte, vermutete der mit den Verdächtigen sehr vertraute Dieb größere Geldmittel in der Wohnung. Durch das Öffnen der zerbrochenen Fensterhebel wurde der Kassierer, konnte jedoch den sofort ausbrechenden Dieb leider nicht festnehmen oder erkennen. Gehtohlen ist nichts.

Unfall. Gestern mittag gegen 1 Uhr wurde in der Schillerstraße von einem Automobil ein dreijähriges Kind überfahren und verletzt.

Schülervorstellungen in Kinematograph. Uns wird geschrieben: Wie aus dem Inzeratenteil dieser Nummer zu ersehen ist, veranstaltet der Ausfühler zur Erhebung des Kinematographenwesens in Rüstringen am Mittwoch den 5. März, nachmittags von 3 bis 7 Uhr, zwei Vorstellungen. Im Kaiserfino an der Wilhelmshaven-Strasse wird den älteren Schülern in der Hauptklasse ein Stück Geographie und Naturgeschichte vom Mittelständlichen Meer und seiner Umgebung gezeigt werden. Das Programm umfaßt 11 Nummern. — Im Gonselino an der Schulstraße sollen den kleineren Mädchen vorgeführt werden. Lehrerinnen werden den begleitenden Text sprechen. Wenn auch diese Mädchen-vorführungen besonders für die kleinen gedacht sind, so werden doch auch ältere Schüler, die Wohlgefallen an Märchen haben, gern zusehen. Andererseits ist auch jüngeren Schülern der Besuch des Kaiserfinos nicht verwehrt. Die Eltern werden nochmals freundlich gebeten, ihren Kindern den Besuch dieser Vorstellungen zu gestatten und sie — wenn es ihnen irgend möglich ist — zu begleiten.

Varieté „Aler“. Am Sonnabend kam vor sehr stark besetztem Hause für die Spielzeit vom 1. bis 15. März das neue Programm zum erstmaligen zur Aufführung. Nach der üblichen Einleitung durch die Hauskapelle und den Soubrtenvortrügen (Aba Kuro) haben wir zunächst ein Zirkusbild auf der Varietébühne. Viel Zorn präferierte sich mit gut dressierten Hunden und Affen. Die einzelnen Reklamen verrieten Fleiß und Gründlichkeit. Der Humorist Grab-Walden brachte einige neue Kompletts. Am besten war davon dasjenige, das nach dem bekannten Liebes „O, Strahburg“, den genialen Streich des Bismarckweibes Wolters und die darauf heringehaltene Militärbehörde betraf. Für den „langen“ Kaugummi des deutschen Reiches fielen auch wieder ein paar für ihn wenig schmeichelhafte Sottisen ab, wie sich seiner unsterblichen Leistungen überhaupt immer mehr die Humoristen und Komiker bemächtigen. Mit seltenen Solankontingen wartete sodann Der great Marialo auf. Seine Hauptleistung bestand im Balancieren eines 500 englische Pfund wiegenden Wagens auf der Stirn. — Im zweiten Teil gab es eine Liebliche Durstke. Darüber viel zu sagen, erübrigt sich. Wir beschränken uns darauf, festzustellen, daß das Entleeren verstand, die Zuschauer zur ausgelassensten Geiterzeit zu bringen und die lustigen verwickelten Szenen eines unmerkwürdigen Familienabdrucks gut zur Durchführung kamen. Das, wie schon bemerkt, sehr zahlreich erschienene Publikum vergaß nicht mit feinem Beifall, der wieder am lebhaftesten nach den Vorträgen des Humoristen war.

Wilhelmshaven, 1. März.

Die deutschen Kriegsschiffe im Auslande. Datum vor dem Ort: Ankunft; hinter dem Ort: Abfahrt. — Ostafrikanische Station: Großer Kreuzer „Scharnhorst“ Hongkong 23. 2.; Großer Kreuzer „Gneisenau“ Hongkong 23. 2.; Kleiner Kreuzer „Leipzig“ 25. 2. Buta (Tschoung-Archipel); Kleiner Kreuzer „Münster“ Rangfot 25. 2.; Kleiner Kreuzer „Emden“ 7. 2. Fingtau; Kanonenboot „Hülse“ 28. 2. Fingtau; Kanonenboot „Nils“ 28. 2. Fingtau; Kanonenboot „Tougar“ 15. 2. Sontau; Kanonenboot „Augs“ 17. 2. Amey; Kanonenboot „Tiger“ 2. 2. Schanghai; Fluchkanonenboot „Fingtau“ 20. 2. Waaco; Fluchkanonenboot „Vaterland“ Schanghai 27. 2.; Fluchkanonenboot „Otter“ 28. 10. Tschung-fing; Torpedoboot „S 90“ 19. 2. Schanghai; Torpedoboot „Taku“ 31. 1. Fingtau. — Australische Station: Kleiner Kreuzer „Gondor“ Hobaul 11. 2.; Kleiner Kreuzer „Cormoran“ Norfolk-Isel 26. 2.; Vermessungsschiff „Blanc“ 24. 6. Natupi. — Ostafrikanische Station: Kleiner Kreuzer „Seeadler“ 28. 2. Dar-es-Salaam; Kleiner Kreuzer „Geier“ 20. 2. Konstantinopel. — Westafrikanische Station: Kanonenboot „Panther“ 25. 1. Monrovia; Kanonenboot „Eber“ 26. 2. Freetown (Sierra Leone); Vermessungsschiff „Möwe“ 1. 3. Nadi. — Amerikanische Station: Kleiner Kreuzer „Bremen“ 20. 2. Philadelphia. — Mittelmeer-Station: Stationschiff „Doreen“ 10. 2. Triest. — Schulküffe: Stationschiff „Rorke“ 10. 2. Triest. — Stationschiff „Rigo“ 25. 2.; „Pania“ Rigo 27. 2.; „Gertha“ Rigo 27. 2.; „Victoria Rufe“ 20. 2. Rigo. — Sonstige Schiffe: „Goeben“ 15. 11. Konstantinopel; „Breslau“ 19. 2. Smyrna.

Oberkriegsgericht der Hochseeflotte. Der Ratrofe der 2. Klasse des Soldatenstandes, Reber, vom „Elsch“, wurde von dem Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe wegen unerlaubter Entfernung, Betrug, militärischer Unterschlagung und Mißfallbeobachtungen in drei Fällen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, erneute Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, Entfernung aus der Marine und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren verurteilt. Der Bestrafte rief die Entscheidung der höheren Instanz an, da er sich des Betruges, der Unterschlagung und eines Diebstahles nicht schuldig fühlte. Der Angeklagte

hatte in einem Restaurant in der Müllerstraße eine größere Besche gemacht und war dann plötzlich verschwunden. Die Unterschlagung besteht darin, daß er sich ein Zeitungsgewehr besorgte und bei einem Händler als Sicherheit ließ, als dieser über das ihm vom Angeklagten angebotene untertholene Rad eine Bescheinigung verlangte, daß es sein Eigentum sei. Er behauptet nun, er habe sich das Rad geborgt und sei auf dem Wege gewesen, es dort wieder hinzubringen. Es erfolgt im letzten Heft Freisprechung. Die Strafe wird auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust, im übrigen wie in der Verurteilung festgesetzt. — Der Feuerverhaftete Hanslund von „Rosen“ erhielt von dem Kriegsgericht des 1. Geschwaders wegen Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug einen Monat Gefängnis. Der Gerichtsbescheid wegen zu niedriger Strafe Einspruch. Das Oberkriegsgericht hält die Freiheitsstrafe als ausreichend, erkannte aber auf Degradation.

Wilhelmshaven. (Aus dem Theaterbureau.) Morgen, Dienstag, gelangt zum Besetz von Fel. Theo Schmiedler die reizende, so überaus erfolgreiche Baubelle-Voll-, Polnische Wirtshaus zur Aufführung. Die beliebten Melodien dürfen auch morgen wieder eine freudige Aufnahme finden und ein zahlreiches Auditorium ins Theater locken. — Am Mittwoch geht der herostragende Quittschlager „So'n Windhund“ in Abänderung des Repertoires in Szene.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. März. Eine überfüllte Malerversammlung verlangte gestern den allgemeinen Streik. Nur die Zustimmung, daß in acht Tage eine neue beschließende Versammlung einberufen werden sollte, ließ die Mehrheit von dem sofortigen Streikbedacht absehen.

Berlin, 3. März. Als gestern abend in der 10. Stunde der Juwelier Buz von Moritz nach Henningsdorf die Chauffee passierte, fuhr das Automobil gegen zwei über die Straße gespannte Drahtseile. Der Juwelier und seine Frau wurden buchstäblich stranguliert und sofort getötet. Die 19jährige Tochter des Juweliers wurde sehr gefährlich verletzt. Eine zweite Familie, die ebenfalls in einem Auto folgte, entging dem gleichen Schicksal nur dadurch, daß das Fahrzeug kurz vor dem Seilen angehalten werden konnte. Die beiden Leiden wurden in die Leidenhalle nach Moritz gebracht, und die Verlegung der Täter, die die Zeile in verbrecherischer Weise über die Straße gezogen hatten, aufgesonnen. — Eine weitere Meldung besagt: Der erste Wagen, in dem die Juwelierfamilie lag, hatte gerade eine Kurve genommen und fuhr mit großer Geschwindigkeit die Chauffee hinab. Plötzlich stieß der Wagen gegen ein Hindernis. In demselben Augenblick hörten die Insassen des zweiten Wagens einen marktschreiernden Schrei, dann war es totschillig. Der zweite Wagen hielt darauf. Als seine Insassen herankamen, sahen sie, daß der erste Wagen umgekippt war. Es bot sich ein schrecklicher Anblick. Neben dem Wagen lag die Leiche der Frau Buz. Die Leiche des Juweliers war schrecklich verstümmelt. Der Kopf war glatt vom Kumpfe getrennt und lag zehn Meter weiter im Graben. Die schwerverletzte Tochter lag noch blutüberströmt im Wagen, sie wurde nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht.

Berlin, 3. März. In der Nacht zum Sonntag ist der Oberwärter Gerike überrascht worden, als er einen Einbruch in einen Blumenladen ausführte. Er wurde festgenommen.

Unentgeltlich Rat und Auskunft in gewerblichen „Büro“ rechenhaftes erstellt für organisierte Arbeiter **Paul Riebe, Barck, Felckstraße 5.**

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Revolution und den übrigen Teil: Josef Kliche; für Lokales und Aus dem Lande: Oskar Dülich. — Verlag von Paul Dug & Co. in Rüstringen.

Dierz eine Zeilge.

JUNO
Qualitäts 28 Cigaretten

Verband der Maler

Offizielle Wilhelmshaven.
Südring Wilhelmshaven 46, geöffnet 7-8 Uhr abends.
Mittwoch den 5. März cr., abends 8 Uhr,
bei Salzwedau, Grenzstraße 38:

Außerord. Mitglieder-Versammlung.

Zagordnung:
1. Unsere Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen in Berlin. Referent Kollege Buch aus Hamburg.
2. Diskussion.

Kollegen! Inanbetracht der ersten Situation in unserem Beruf ist es Ehrenpflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Filial-Verwaltung.

Größe Auswahl!
Möbel
Ebenholz Stücke: Kleiderschränke, Betten, Sofas, Vertikos, Kommoden, Waschkommoden, Büffetta, Spiegelschränke, Küchenschränke.
Anzahlung von 5 Mark an.

Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion.
Betten, Wäsche, Teppiche, Gardinen, Läufer, Portieren.

Speise-Zimmer, Salons, Schlaf- und Herren-Zimmer, Wohnzimmer, Küchen.
Alle Stil- und Holzarten vorrätig.

Kinderwagen
Kinderbetten, — Sportwagen, Triumphstühle, Klappstühle
USW. USW. USW.
Alles mit kleinster Anzahlung.

Franz Brück
Marktstrasse 39.

10. Vorstellung des händischen Theater-Zyklus
im großen Saal der „Burg Hohenzollern“
am Mittwoch den 5. März 1913, abends 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr. — Ende gegen 10 1/2 Uhr. — Kasseneröffnung 7 Uhr.
Deumer Stadttheater, Direktion Hofrat Otto.
Reizität! Ein Diener des Hauses. Reizität!
Ein Spiel des heutigen Tages in 5 Akten von Charles Raimund Remond.
Das Deutsche übertrug von Franz G. Waghorn Freund.
Im Regie geleitet von Oberregisseur Wladimir Jürgens.

Von Dienstag den 4. März bis inkl. Sonnabend den 7. März 1913

stelle ich einen Nieseyposten

Handarbeiten

zum Einheitspreis von



zum Verkauf. Es ist dies ein

ganz hervorragendes Frühjahrs-Angebot

da der reguläre Preis zum Teil das Doppelte beträgt.

Die Preise gelten nur für diese vier Tage!

- 1 Rückenissen, fertig geflickt, Handarbeit, mit Füllung
- 1 Spannbüchse, fertig geflickt, Handarbeit
- Rückenissen in Leinen, mit und ohne Franze
- Rückenissen in Leinen, fertig geflickt
- Javanstoff-Bettmattschoner
- Kammerhürzen
- Tischdecke mit Altpapierfah
- Leinwand-Raffenschürze
- Fertiggeflickte Milleux
- Fertiggeflickte Rücken-Heberhandtücher
- Fertiggeflickte Javanstoff-Rücken, Handarbeit
- Fertiggeflickte Servietten, Handarbeit
- Leinwand Tischläufer
- Gestickte Rücken-Handtücher
- Bez. Parade-Hanttücher (Schlafzimmer)
- Fertig geflickte Milleux, Handarbeit
- Leinwand Milleux mit Einfah

Sebes sind 10 pfr.

- 2 fertiggeflickte Nachtischdecken, Handarbeit
- Rommoden-Decken
- Wuschisch-Servietten, fertig
- Große Tafel-Vorhänge
- 5 Zolbertdecken
- Rücken-Handschoner, Leinen
- Fertiggeflickte Schrankstreifen, fertig
- Milleux mit Altpapierfah
- Rücken-Handschoner, Javanstoff
- Fertiggeflickte Rückenissen, Leinen, Handarbeit
- Rücken-Tischdecken
- Tischläufer, Handarbeit
- Reizende Reizheit: Glefanten als Stoffissen
- 1 Weber Javanstoff
- Fertiggeflick. Javanstoffen m. Feinmülligant, Handarb.
- Messer- und Gabelbehälter
- Zahntentuch-Behälter
- Fertiggeflickte Parade-Handtücher
- Schlafzimmer

Sebes sind 10 pfr.

Ferner viele hier nicht aufgeführte Artikel.

Nur 4 Tage! Selten günstig billiges Angebot! Nur 4 Tage!

Curt Tasse :: Marktstr. 29b.



Wir alle fahren Wiltlers Schlüssel-Rad.



Erstklassige Marke. Zwei Jahre Garantie auf sämtliche Lager.
Vertreter: **Emil Bülthoff** Küstersiel.



Montag, den 3. März, 8.30 Uhr abends:
Komb. Vorstandssitzung des Kartells u. Parteivorstandes im Sitzungszimmer des Soz. Wahlvereins. Die Vorstände.

Sozialdem. Wahlverein Nordenham.
Donnerstag den 6. März abends pünktl. 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung in Reizens Lokal.
Zagordnung:
1. Monatsbericht.
2. Wähler betreffend.
3. Kommunes.
4. Sonstiges.
Mitgliedebuch legitimiert. Das Ergehene sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Dienstag den 4. März, abends 8 1/2 Uhr:
Benefiz für **Heinlein Thea. Schneider**
Polsische Wirtschaft.
Vandertische-Vorstellung in 3 Akten von Jean Gilibert.
Lohnlisten liefert Paul Hug & Co.

Verein der Kunstfreunde für Wilhelmshaven-Rüstringen
Die Kaiser-Friedrich-Kunsthalle - Frühjahrs-Ausstellung -
ist für jedermann geöffnet: Wochentags von 11-2 u. 3-6 Uhr, Sonntags von 11-6 Uhr. Eintritt für Mitglieder bei Vorzeigung der Karte frei. Nichtmitglieder zahlen für den einmaligen Eintritt 50 Pf.
DER VORSTAND, BARTELT.

Den Austritt aus der Kirche
sollten alle diejenigen vollziehen, die mit dem Kirchenbanntraktum gebrochen haben. — Der **Protest** sein gegen den Bewilligung-Rückensaustritt muß ein Protest sein gegen den Bewilligung-Rückensaustritt, durch die Verpflichtung zur Teilnahme am unwillkürlichen Religionsunterricht, der darauf hinausläuft die Volksmassen in Unwissenheit zu erhalten. — **Austrittsformulare** sind zu haben in Oldenburg bei **Hug, Bohlen, Scheideweg, Das Komitee.**

Nordenham.
Wilhelm Harms Buchhandlung
Tobak und Zigarrengeschäft
empfehlte sich zur Lieferung sämtlicher Arbeiter-Literatur, für die Schule, Schulbücher und Schulintelligenz. Abonnements und Anzeigen für das **Norddeutsche Volksblatt** sowie alle Arten Drucksachen nehmen jederzeit entgegen. — Bilder aller Art werden lauber eingetribelt.
Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Jahrestelle Rüttingen-Wilhelmshaven.
Die nächste Vertrauensmännerversammlung findet am Samstag den 5. März, sondern Freitag den 7. März cr., abends 8 1/2 Uhr, bei W. Salzwedau, Grenzstraße 38, statt. Jede Werkstätte muß unbedingt vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinleger u. Berufsgeoffen
Am Dienstag den 4. März abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung bei Schröter (Nabebeben).
Um gütliches und pünktliches Ergehene ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Anzeige.)
Am 28. Februar 1913 starb plötzlich und unerwartet mein lieber Schulgenosse, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Arbeiter

Broer Adels
im Alter von 45 Jahren. Dies bringen tiefbetrübten Gergens zu Anzeige Rüttingen, 3 März 1913
Gerden Elmendorff, geb. Hedden, als Frau, **Lade Adels** und Frau, geb. Wastens, **Geb Adels** und Frau, geb. Witten, **Sarm Krüger** und Frau, geb. Wels, **Edward Hoffmann** und Frau, geb. Wels, **Johann Wilmms** und Frau, geb. Wels.
Die Beerdigung wird nach bekannt gegeben.

Taufzusage.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Verward** sagen wir allen, insbesondere meinen lieben Vorgesetzten, meinen Mitarbeitern, sowie den Mitgliedern des Rüttinger Vereins, unseren tiefgefühltesten Dank. **Gamllie W. Salzwedau.**

Parteinachrichten.

Die Schätzung der Wahl des Parteigenossen Julius Meyer zum Bezirkssekretär ist vom Parteivorstand eingetroffen. Genosse J. Meyer wird die Geschäfte baldmöglichst übernehmen.

Gemeindeabstufung. Zu dem zu Mainz eingemeindeten Stadtteil Rottheim liegen bei den Stadtratsordnungsarbeiten die Sozialdemokraten über die vereinigten Nationalliberalen und Ultramontanen.

Verhörprotokoll. Der verantwortliche Redakteur der "Freiheit", Genosse Hermann Fleißner, wurde wegen angeblicher Beleidigung des Gewerbegerichtssekretärs in Grimmitzhausen zu der unangenehmen hohen Geldstrafe von 750 Mark oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt. In der infamisierten Kritik war dem Berichtsschreiber vorgeworfen worden daß er einen Arbeitsschlichter vorgeworfen habe, der die Arbeit niedergelegt hatte, zur Wiederaufnahme der Arbeit bereitstünde, als er auf dem Gewerbegericht seinen Lohn einlangen wollte. Das Gericht erachtete den Beweis als nicht völlig erbracht.

Gewerkschaftliches.

Außerordentlicher Malerverbandstag. Die Generalversammlung trat am 26. in Berlin zusammen. Besucht war dieselbe von 20 Delegierten und 6 Vorstandsmitgliedern. Es wurde ein ausgedehnter Bericht über die Tarifbewegung in a n g gegeben, die unsere Leser ja aus den Berichten kennen. Gegen das Tarifschema wurde sehr scharf opponiert. Besonders vornehmlich trat auf dem Verbandstag die Nachsicht ein, daß die Arbeitgeber, wie wir bereits gemeldet, den Schiedsspruch abgelehnt haben. Der zweite Vorsitzende Streine bemerkte hierzu: Was die Abstimmung in den einzelnen Gauen des Arbeitgeberverbandes angeht, so haben wir nicht feststellen können. Es interessiert uns auch nicht, nachdem sich die Mehrheit des Gesamtverbandes für die Ablehnung erklärt hat. Wir müssen also damit rechnen, daß wie es mit der ganzen Organisation der Arbeitgeber zu tun haben. Wie sich die Ereignisse in den nächsten Tagen gestalten werden, das läßt sich noch nicht übersehen. Welche Taktik wir einzuschlagen haben, das läßt sich erst feststellen, wenn wir wissen, wie die Arbeitgeber vorgehen. Nach Angaben in der Presse tritt der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes am Sonntag in Basel zusammen, um Beschlüsse über die jetzt vorliegende Situation zu fassen. Wir können also erst Stellung nehmen, wenn uns diese Beschlüsse bekannt sind. Wir haben den Schiedsspruch, obgleich er uns nicht genügt, angenommen, weil wir die Verantwortung für einen Kampf nicht übernehmen wollten. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch abgelehnt; es muß also angenommen werden, daß sie den Kampf wollen. Ob sie nun eine tariflose Zeit wollen oder ob sie sogleich zum Angriff gegen uns vorgehen, das müssen wir abwarten. Jedenfalls können wir allen Möglichkeiten mit Ruhe und Entschlossenheit entgegengehen.

Der Verbandsvorsitzende T o b i e r sprach in demselben Sinne. Er betonte, daß der Verband der Maler stark genug ist, um nicht nur den Angriff, zu dem die Arbeitgeber jetzt eigentlich übergehen müßten, abzuwehren, sondern auch, wo es die Situation erfordert, selbst einen Angriffskampf zu führen, um das herauszuholen, was die Kollegen wünschen, die mit dem Schiedsspruch nicht zufrieden sind. Die Kraft unserer Organisation gibt uns die Gewähr dafür, daß die Arbeitgeber ihr Ziel nicht erreichen werden. (Beifall.) Die Diskussion ließ keinen Zweifel darüber, daß die

Mitglieder allerorts bereit sind, den von den Arbeitgebern eröffneten Kampf mit aller Energie durchzuführen.

Streine bemerkte noch: Der Verband sei in der Tarifbewegung mit den Christlichen und Christ-Demokratischen gemeinsam und in gutem Einvernehmen zusammengegangen. Das Verhalten dieser Organisationen lasse bestimmt erwarten, daß sie auch, wenn es zu Differenzen mit den Arbeitgebern kommt, mit unserem Verbande gemeinsam vorgehen werden. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die außerordentliche Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Ablehnung der Schiedssprüche über einen neuen Reichstarifvertrag durch den Arbeitgeberverband im Malergewerbe. Sie erwidert darin die Absicht, die schon bisher ganz unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter des Malergewerbes, die durch die Durchführung der Schiedssprüche noch keineswegs eine zeitgemäße Verbesserung erfahren würden, immer tiefer herunterzudrücken.“

Die Generalversammlung verpflichtet daher die Mitglieder des Verbandes der Maler, alles einzusetzen, um den geplanten Schluß des Arbeitgeberverbandes zur Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen in einer Zeit andauernder Lebensmittelpreiserhöhungen abzuwehren. Dazu ist erforderlich, daß die Kollegen den vom Vorstand in befohlenen Fällen in Verbindung mit dem Beirat angeordneten taktischen Maßnahmen Gefolgschaft und Disziplin leisten; denn eine nach bestimmten allgemeinen Grundsätzen geleitete Aktion wird verhindern, daß die arbeitgeberfeindlichen Pläne der Arbeitgeber des Malergewerbes Aussicht auf Erfolg haben.

Dem Vorstand gibt die Generalversammlung anheim, falls der in Aussicht gestellte Kampf größeren Umfang annimmt, von seinen statutorischen Rechten zur Aufbringung besonderer finanzieller Mittel und der Einbringung einer Korrespondenz beim Wegzuge der Unterstellungen Gebrauch zu machen.“

Der Verbandsvorsitzende K o b l e r wies in seiner Schlussrede darauf hin, daß die Arbeitgeber den Kampf mit Unterstützung der Unternehmer im Auge verfolge. Er schloß mit einem bescheiden Hoch auf den Verband, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

Die Vertreter der Arbeiterorganisation haben es sich auf der außerordentlichen Generalversammlung des Malerverbandes während dreitägiger eingehender Beratung lange Zeit überlegt, ob sie in den Schiedssprüchen zustimmen können, und sie haben dies nur schweren Herzens getan, weil sie die Verantwortung für einen allgemeinen Kampf im gegenwärtigen Moment der Öffentlichkeit gegenüber nicht gläubend verantworten zu können.

Außerdem die Unternehmer. Rückwärts haben sie die Schiedssprüche den Unparteilichen vor die Füße geworfen, denn die Keuerung und die unbedingte Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer überhäuft überlasteten, von schweren Gesundheits- und Unfallgefahren sowie von großer Arbeitslosigkeit heimgekehrten Arbeiter zu berücksichtigen, erkennen die Malermeister nicht an. Gleichzeitig mit der Ablehnung der Schiedssprüche treffen sie eifrig Vorkehrungen für eine Ausbesserung. Der Umstand, daß die Verhandlungen über das Verhandlungsergebnis vor einer Generalversammlung der Gehilfenorganisation stattfand, ermöglichte es, daß diese sofort entscheidend über die durch das präventivatorische Vorgehen des Arbeitgeberverbandes herbeigeführte Situation beraten und beschließen konnte, und das geschah

in so ruhiger und würdiger, von Begeisterung für eine große Sache getragener Weise, daß die Unternehmer mit einem entsetzlichen Widerstand werden rechnen müssen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution drückte die Generalversammlung des Verbandes der Maler zum Ausdruck, daß man den ausgehenden Kampf aufwache und von der Kraft der Organisation und der Disziplin und Opferwilligkeit der Mitglieder die Durchbrechung der schamlos-moderatischen Pläne erwarte. Mögen sich die Arbeiter im Malergewerbe durch feierliche Proklamation der Unternehmer beeinflusst lassen und zunächst die Weisungen ihrer Organisationsleitung nach erfolgter Klärung der eigentlichen Sachlage abwarten.

Aus dem Lande.

Reichstagskongress.

Eine Konferenz der Ortsvorstände der Wahlvereine des 3. Rheinl. Reichstagswahlkreises, des Reichstagsvorstandes und des Parteisekretärs A. Schulz fand am gestrigen Sonntag im „Ebenburger Hof“ statt. Nach allgemeiner Ausschussarbeit über Organisations- und Agitationsverhältnisse, in der auch die Mandatantenberlegung des nach Berlin verziehenden Genossen Schulz zur Kenntnis genommen wurde, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Konferenz der Reichstagswahlkreise beschloß, sich in der Hauptstadt mit dem aus Anlaß des Festtages des Genossen Schulz nach Berlin notwendig gewordenen Neubesetzung der Reichstagsmandatantur für den 3. rheinl. Reichstagswahlkreis.“

In anbezug der außerordentlichen Landtage und der zu besetzenden Stellen der Reichstagswahlkreise für die Konferenz haben die aus Anlaß einer Reichstagskongress inausberufen. Sie schloß deshalb als Nachfolger des Genossen A. Schulz den Genossen A. Jordan an und empfiehlt den Ortsvereinen des Reiches Stellung zu dem Vorschlag der Konferenz zu nehmen. Die Ortsvereine sollen über den Vorschlag zu entscheiden haben. Sollte sich Widerspruch gegen die Mandatantenberlegung im Laufe des Monats April eine Reichstagskongress anzuordnen. Die Ortsvereine haben das Ergebnis ihrer Beratungen bis zum 1. April d. J. dem Reichstagsvorstande mitzuteilen.

Nach einem kurzen Resümee des Genossen Jordan, in dem derselbe auch herliche Abschiedsworte an den Genossen Schulz richtete, dabei betonend, Gen. Schulz möge auch in seiner neuen Parteitätigkeit Befriedigung finden, erfolgte, nachdem Genosse Schulz erwidert, dabei zum Ausdruck bringend, er werde auch auf seinem neuen Posten rastlos für die Partei tätig sein, Schluß der Konferenz.

Schorlen, 3. März.

„Das Klosterschloß, welches hier Sonntag stattfand, hatte eine große Beteiligung aufzuweisen. Mehr Vereine hatten sich von auswärts eingeschrieben. Wertvolle Geschenke, ca. 40 Stück, wurden an die besten Helfer verteilt. Auch die Anwesenheit dieser Gemeinde beteiligten sich am Nachmittage und erhielten von dem hiesigen Klosterschloßverein alle gute wirtliche Sachen. Tücher alle frische, gesunde Sport scheint sich hier wieder kräftig entwickeln zu wollen.“

Jever, 3. März.

Der neue Bürgermeister. Herr Dr. Urban aus Rastedt ist als Bürgermeister der Stadt Jever vom Großherzog bestätigt. Die Einsegnung findet am 10. März, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus statt.

Varrel, 3. März.

Stadtratsitzung. Die 36. Sitzung des Stadtrats fand am Freitagabend in der Fortbildungsschule statt. Die

Der Entgleiste.

Roman von Wilhelm Holzamer.

Nachdruck verboten.

2. Kapitel.

Es hatte eine Zerstörung gegeben, eine lästige. Mit Anreisen, das man drei Häuser weit hören konnte. Aber daraus war die Raffelkar vorbereitend gewesen. Sie war's zwar längst müde, dies Heranzumarschieren mit dem Soutens von Mann, den sie hatte; aber diesmal mußte es noch sein. Dann nun und nimmermehr. Sie wollte nicht zu dem gewöhnlichen Lumpenzeug gehören, das sich schlingt und dann verdrückt. Das war nun lang genug so gewesen. Und die Leute hatten ganz recht, wenn sie sagten: Zieglerhoff. Ja, einerlei, Zieglerhoff hin, Zieglerhoff her — darauf kam's nur nicht an. Doch oder Mieder, wie man sich anstellte in der Welt, das war's. Schickes konnte ihr kein Mensch nachsehen. Sie hatte ihrer Lebtag gearbeitet, gekostet wie ein Vieh, und ehrlich ihr Brot verdient. Sie mußte ja, ein Durra (Bewachung in der Walinger Gegend für Mädchen und Frauen, die recht ausgefallen sind) war sie. Aber was tat das! Der eine ist so, der andere so. Und wenn sie die Waune hatte, dann war sie lustig. Ausgelassen, was gibt's, was hast du? Wen ging das was an. Würde ein Mensch, was ihr manchmal hinter der Kulissenheit steckte. War's ihr nicht manchmal, als müßte sie sich was von der Seele toben, wie sich ein Knecht das Kind im Leibe wegsteilt. Konnte ein Mensch wissen, daß ihr Rasen und Tanzen und Wippen nur ein Heulen und Schreien war. Aber sie braute und lachte nicht. Das fehlte ihr noch, daß sie sich vor den Leuten hinwinkte, damit sie sie bemitleiden konnten. Um sich hintenanzu aber sie lustig zu machen, um sich ins Hüftchen zu lachen und 's ihr zu gönnen. O nein, da waren sie sich gewiß, und da konnten sie die Raffelkar nicht. Die drehte ihnen noch allen ein Schindengeld. So! Und wenn sie ihre Lustigkeit und leichte Natur nicht hätte, wie hätte sie's denn ausgehalten all die Jahre her! Gütig sie lieber ja'sen sollen? Gütig, das war der Bunde grad roht gewesen. Da hätten sie fest auf ihre haken können. Denn der Mann kriegt dann immer recht, und wenn er ein noch so großer Lumpenteufel ist, die Frau aber kriegt alle Schuld. O nein, dies Brauchend machte sie den Leuten auch nicht. Grad nicht. Immer den Kopf hoch, gekostet und gerodert — und gelacht. Dafür war sie die Raffelkar. Sie kriegte

man so leicht nicht unter. Und nun mußte sie wieder einmahl, was sie wollte. Ganz klar und deutlich: aufräumen, und Blay machen für ihren Waben. Der Philipp sollte es einmal gut machen, was der Vater gesundigt hatte. War sie denn fahle, daß der Adel so geworden war? Gleich nicht. Reid genug war's ihr. Und soll's am Ende noch auf den Philipp übergehen — nein, da hab sie einen dicken Niesel run. Einen Niesel, wie eine Wagenbeißel. Und gab's nun auch Nord und Totschlag, es sollte doch das letzte Mal sein. In der heißen Woche war der Kaiser eingeknickt gekommen. Er trug einen Krawattenknoten und hatte die Kette in der Hand. Die Klar arbeitete in der Ziegelhütte, als sie's ihr sagten, der Kaiser kam. „Da vorn kommt er gebückt“, sagte einer. Die Klar fuhr den aber nicht schlecht an. „Sag ihm doch gebückt kommen, du Maulaff. Wenn dir das so in die Augen sticht, doch er bückt, das kann jedem passieren. Ich wolle freilich, wie ihm der Balken auf den Fuß gefallen ist, er läßt ihn gleich ganz getroffen. Gott verzeih mir, aber meiner Seel.“ „Wer Klar!“ sagte eine Stimme aus der Leitengrube. „Galt's Maul!“ rief sie dagegen. „Ich veranmert, was ich denk. Auf ein Landes mehr oder weniger drauf's unterm Gergott mit anzusehen.“ Da rief die Stangin über die Mauer, hinter dem weißen Holentuch heraus: „Dein verläudigt lo' Maul, das stroht Gottes Gerechtigkeit.“ Aber die Klar lachte nun. Um ihren breiten Mund guckte es. In ihren Augen war ein Glitzern. Sie schnüffelte einmal und ließ dann die Luft aus, wie ein Pferd, das wiehert. „Stangin!“ prustete sie heraus. „Gelt, alt Bekkewetter, Ihr mit Euerm Klumpfuß und er mit sein' Dießelshüden, gelt Ihr dent, ich zwei löst' gut zusammenpassen! Lätet ihr auch. Aber jetzt will ich mal leben, ob wir zwei auch noch ein tanzen können. Ich will jetzt mal ein Käzchen mit ihm probieren. Wollt Ihr der Putzant sein, Stangin, kommt mit!“ Damit warf sie den Letten, den sie eben von der frisch geformten Ziegel abgetrieben hatte, mit ein' sen, aber seinen Wurf in den Holentuch hinein und 's davon. „Ich kann mir oder auch selber ein' probieren“, rief sie

zurück, als sie einen schmerzlichen Aufschrei gehört hatte. Sie lief, leicht wie ein Reh, über die Leitenbänken hin, über sprang die Gassen und verschwand in der letzten Ziegelleihe. Die anderen lachten, die Stangin rief die gottseligsten Schimpfwörter, die ihr die Rollenfranken vom Munde rollten; und gleich darnach hörte man das Gelächern. Als die Raffelkar an ihre hohe Haustreppe kam, stand der Kaiser oben und klopfte an die Haustür an. „Na, was willst denn, Scheppe?“ rief die Klar in leichtem Ton hinauf. „Gelt, hineingelassen werden? Gepliffen! Puffel! Dross bleibt du! Geh wieder hin, wo du her gekommen bist! Holt alles verlossen? Schöf, bis du wieder was verdient hast. Aber da herein kommt mit, Dein Lebtag mit mehr!“ „Aufgemacht!“ schrie er. Er machte eine fürchterliche Stimme, oder sie war unklar. Und sie war auch matt, Sie hatte die Säuler- und Kopfschmerzmittelgkeit. Die Klar lachte. „Brüllen willst, Wärschleßen. Aber du hast ja eine kaputtene Stimm. Wie ein verrot' Wickham. Geh hin und schmier sie wider.“ „Aufgemacht!“ schrie er und bummte gegen die Tür. „Wer ist hier Herr! Ich oder so ein Lumpenmensch. So eine Durl! Aufgemacht!“ Die Klar riefte durch die Jähne, und ihr Mund ward breit bis hinter die Ohren. „Was sagst, Alterchen? Ja, hal' Wort mall! Damit sprang sie die Treppe hinauf. Ein Satz, und sie hatte ihn im Genick gefaßt. „Ja, kommt noch mal herein. Kommt noch mal herein, Wärschleßen.“ Und während sie ihn mit der rechten Hand festhielt, schloß sie mit der linken die Tür auf. Er wehrte sich und wollte sich losmachen. Er stieß und trat gegen sie. Aber die Klar hatte Kraft wie der stärkste Mann. Und jetzt hatte sie Finger wie Eisenklammern. Die Klar sprang auf, und sie ließ ihn in den Gang 1. n. Langen Weges fiel er hin. Aber rasch sprang er wieder auf. Er sah, daß es galt. Und die Klar ließ ihn ganz ruhig aufspringen. Sie wollte ehrlich mit ihm waden. Gar keinen Vorteil haben. Wie er nur gegen sie aufsprang da griff sie zu. Und eins, zwei, drei lag er. Er trat und ließ und strampelte — und schrie, wie ein Wachhund. Die gemeinten Ausdrücke. „Aureich nur.“ feuchte die Klar. „Aureich nur. Sag alles, was du willst, aber dein Bett kriegt du heut.“ Und



sehr umfangreiche Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Die Gehalts- und Besoldungsliste nahm einen großen Raum in Anspruch und hier konnte man so recht wieder die Ansichten verschiedener Stadträter hören, wenn es heißt, für die Beamten eine Erhöhung des Gehalts zu bewilligen. Die Zulagen, die die städtischen Beamten erhalten sollen, sind im vorigen Jahre durch einen Landtagsbeschluss geregelt. Sie betragen bei Beamten, die ein Gehalt bis zu 2700 Mark beziehen 150 Mark, über 2700—3500 Mark und über 3500 Mark 250 Mark. Das Anfangs- wie auch das Endgehalt wird um die genannten Beträge erhöht. Die Zulagen gelten vom 1. Januar 1913 ab. Für die Volksschullehrer wie auch die übrigen städtischen Beamten, die am 1. Januar 1913 noch keine zehn Dienstjahre hatten, beträgt die Zulage nicht 350 Mark, sondern 250 Mark. Die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter, die bisher einen Zehnteil von 3,40 Mark (gleich 1000 Mark im ganzen Jahre) erhalten nach der neuen Besoldungsordnung monatlich 100 Mark. — Bewilligung von Mitteln für Ausbisse. Da in der nächsten Zeit beim Stadtmagistrat eine Reihe von Satzungen, Verordnungen usw. ausgearbeitet sind, beantragt der Stadtmagistrat, Mittel zu bewilligen, um in den Monaten März—April den Assessor Tietjen beschäftigen zu können. Es sollen u. a. Satzungen für die neue Feuerlöschordnung und Sanalkation und Abfuhrkosten geschaffen werden. — Genehmigung des Schiedsgerichtsverfahrens mit der Gasanstalt. Zur Entscheidung über die Auslegung des Gasvertrages zwischen der Stadt und der Gasanstalt soll Konfliktärten in Oldenburg als Schiedsrichter bzw. Sachverständiger angegangen werden. — Bewilligung eines Darlehens und Erwerb von Kreal an der Osterstraße. Durch den Bau des Wagenfabrikanten Hauses, welches in die Straßenfrontlinie errichtet wird, fallen der Straße rundweg 70 Quadratmeter zu. W. will dieses Kreal unentgeltlich an die Stadt abgeben, wenn die Stadt ihm die Summe von 14 000 Mark auf sein Haus bewilligt. Der Stadtrat beschließt, daß die 14 000 Mark bewilligt werden und zwar zu 4 Prozent Zinsen und 1% Amortisation auf 20 Jahre unfindbar. — Den in der vorigen Sitzung zurückgestellten Austausch und Erwerb von Grundstücken an der Peterstraße und Sagenstraße wurden genehmigt. — Bewilligung von Mitteln für die Gedächtnisfeier. Für die hier am 17. März stattfindende Gedächtnisfeier von 1813 war ein Gehalt von Bewilligung von Geldmitteln eingezogen. Es wurden 200 Mark bewilligt. Sämtliche patriotischen Vereine und auch sonstigen Klubbvereine beteiligen sich an dieser Feier, aber die Kosten dafür zu decken, scheinen diese Vereine nicht für nötig zu halten. — Anstellung von Lehrern für die Fortbildungsschule. Es wird beschloffen, als Fortbildungsschullehrer den Maschinenmeister Karl Werdes in Rüttingen mit dem 1. Mai d. S. anzustellen. Weiter wird der Hauptlehrer Wolken für die Wahrung der Stelle eines Fortbildungsschullehrers beauftragt. Lehrer Heit Scheibel am 1. April aus dem Lehrkollegium der Fortbildungsschule aus. — Umfesterung der Söfenstraße. Der hohen Kosten wegen wird beschloffen, an den Seiten der Straße Bänke zu legen.

Oldenburg, 3. März.

Die Kommission für die Verwaltung der Fonds und milden Stiftungen macht darauf aufmerksam, daß Gesuche um Bewilligung aus dem Jubiläumsfonds für Kinder aus dem Herzogtum Oldenburg mit Ausnahme der Amtsbezirke Jever und Rüttingen, die durch Vermittlung des Vereins für Krankenpflege durch Diakonissen hier selbst oder des St. Willibrod-Vereins in Rechts eine Bedekur in Langenrode, Rothensfeld oder Salzhausen durchzuführen sollen, bis spätestens 1. April d. S. bei den Großherzoglichen Kammern oder bei den Magistraten der Städte 1. Klasse einzureichen sind.

Oldenburger Friedhofsanstalt. Auf eine Eingabe mehrerer Firmen hin ist vom Auslieferungsbereinst beschloffen worden, auf Freitag, 7. März, abends 6 Uhr, im Auslieferungsbureau eine Versammlung zu berufen. Die Ausstellung soll wahrscheinlich verschoben werden. Alle Interessenten sind eingeladen.

Spielplan des Großherzogl. Theaters. Dienstag den 4. März: 80. Vorst. im Abonn., „Das süße Mädel“. Anf. 7 1/2 Uhr. — Donnerstag den 6. März: „Herzschalts- und Gefindeball“. Zum Belten der Wohlfahrtsfälle für deutsche Bühnenmitglieder sowie ähnliche humanitäre Anstalten. Anfang 8 Uhr. — Freitag den 7. März: 81. Vorst. im Abonn., „Hofemanns Töchter“, Volksstück in 4 Akten von A. P. Aronow. Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend den 8. März: 82. Vorst. im Abonn., „Das süße Mädel“. Anf. 7 1/2 Uhr. — Sonntag den 9. März: 83. Vorst. im Abonn., „Gelberg“, Historisches Schauspiel in 5 Akten von P. Heijse. Anfang 7 Uhr.

Selmenhorst, 3. März.

Eine Frauenversammlung fand am gestrigen Sonntage im „Oldenburger Hof“ statt. Frau Dr. Schlomer, Nöbbe, referierte über das Thema „Die Rechte der Frau als Staatsbürgerin“. Die Rednerin verstand es in einem 1 1/2stündigen interessanten Vortrage, die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft darzulegen, wie sie in erster Linie unter dem indirekten Steuerrecht und der damit verbundenen Leistung aller Ebarbeitnisse zu leiden habe und wie sie trotzdem zurückgefallen sei bei Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte dem Manne gegenüber. Rednerin gab Winke, wie auch die Frau sich ihre Position erobern könnte und zeigte an Beispielen aus Baden, wie die Frau den Befähigungsanachweis für Besoldung öffentlicher Beamter erbracht habe. Mit einem Appell für rationelle Agitation und Organisation in der Frauenbewegung schloß Rednerin ihren mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist auch in diesem Jahre das Ergebnis des Geschäftsjahres 1912 für den Betrieb Selmenhorster Wagenfabrik. Der bilanzielle Reingewinn soll ca. 100 000 Mk. betragen, der zur Teilung des Profits früherer Jahre verwendet werden soll. Die Verwaltung schiebt das mangelhafte Ergebnis auf die „schwierige Arbeiterbeschaffung“ zurück, insofern es nicht möglich gewesen sei, den Um- und in der gewünschten Weise zu liefern, und auf veränderte Arbeiterverhältnisse, die wesentlich verzerrt habe. Scheint der letzte Einwand schon laienfremd, so ist der erste aber, insofern es nicht möglich gewesen sei, den Um- und in der gewünschten Weise zu liefern, und auf veränderte Arbeiterverhältnisse, die wesentlich verzerrt habe. Scheint der letzte Einwand schon laienfremd, so ist der erste aber, insofern es nicht möglich gewesen sei, den Um- und in der gewünschten Weise zu liefern, und auf veränderte Arbeiterverhältnisse, die wesentlich verzerrt habe.

dem Wesen nach. In allen Fernsten stecken sich Rufe heraus. Und das Raden lief die Gasse vor sich. Endlich vorn am Thomas sein Haus, verschwand der Kaiser um die runde Ecke.

„Bravo, Klar,“ hieß es jetzt.

„Was bravo,“ sagte sie. „Er soll sich nur mit unterstehen, wieder zu kommen. Nur mit. Ich will Ruh vor ihm haben.“

Dann ging sie hinein und wusch sich ihr blutiges Gesicht ab.

Eine Stunde später stand sie wieder in der Lettengrube und hoch den Leuten aus. Niemand hätte geglaubt, eine Bemerkung zu machen.

Nur, als um vier ihr Willibrod aus der Schule kam und fragte: „Mutter, was war denn?“ da sagte sie: „Aehraus mit dein'm Vater! Wir werden jetzt Ruh vor ihm haben. Und du wirst was lernen, daß du's gehört hast — was lernen. 's übrige geht dich nix an. Geh hinüber und stell den Kaffee auf, in einer halben Stunde komm ich.“

Der Dube ging.

„Bravo, Klar!“ rief der Drehermalthe. „Bravo, Klar!“ sagte sie. „Dein Bravo brauch ich nit. Wenn er mich gelogt hätt, täst du zu ihm bravo sagen. Aber wenn du meinst, daß du mich usen könntst, dann bist du schief gewickelt, freundschen. Da rot ich dir, revidier deine Jahn noch mal, eh sie dir ins Maul fliegen.“

„Na, Klar,“ bot der Drehermalthe. „Es lag Bitte und Entschuldigung in der Stimme.“

„Na, ja, ich will das ein für allemal gelogt haben. Basta, die Soch ist erledigt.“

Sie aber schloffe munter weiter.

Der Kaiser verließ das Dorf, wo er den Leuten doch nur zum Gelpütt gewesen wäre, und ging über den Rhein, nur er habeim war. Sehen ließ er sich nicht mehr.

Die Klar hatte Ruhe. Und auch vor den Leuten. Reiner sagte ein Spottwort gegen sie. Man hatte immer gewußt, daß sie ein Durroß war. Jetzt war sie aber doch noch was anders. Etwas, dator man Respekt hatte. Sie hatte gewußt, sich in Postur zu setzen. Und daß mit schied. Sie war jemand.

Kein Mensch bedauerte den Lumpen, die sie nur drangoßert hatte. Und so konnte aus dem Willibrod was werden. Die Klar sollte nur nicht zu hoch hinaus mit ihm wollen. Das tut dann nit gut.

(Fortsetzung folgt.)

Ein paar Männer aber sagten: „s is ne Schand, einen Mann so zu behandeln.“

Es gab ein Gin und Ger. Ein Für und Wider.

Eine Stimme rief: „Klar, da host dein Mann, und er will auch schön brav sein.“

Die Klar öffnete das Fenster und lächelte mit ihrem zerkrakten Gesicht heraus:

„Ich schen ich euch. Behalt ihn. Wenn ihm seine Haut lieb ist, so soll er sich nur paden. Merkt das euch, lang duld ich ihn vor meiner Trepp auch nit mehr. Auch vor meiner Trepp nit. Und ihr, ihr könnt jetzt auch gehen.“

Dann schloß sie das Fenster zu und riegelte die Tür von innen.

Der Kaiser hatte sich indessen ausgerichtet und hielt sich die Seiten. Erst stöhnte er ein paarmal, aber als er merkte, daß er kein rechtes Mittel fand, da rief er: „Mein Dab — mein Dab will ich!“

Aber drin schlug's nur einen Voder.

Langsam verließen sich die Deute. Es blieben aber immer noch genug. Der Kaiser konnte sich noch nicht zum Gehen entschließen. Da floßen ihm keine Kleider, seine Ziefel, kein Sonntagshut, was er so beloh, durchs Fenster vor die Füße.

„Mad dich, sag ich dir!“

Er hob alles auf und wollte damit die Treppe herauf gehen. Da wurde plötzlich die Tür aufgerissen, und die Klar kam mit dem Besen, so wie man eine Rache oder einen Hund jagt.

„Willst du, willst du!“ schloß sie ein wenig gebückt vor und drohte ihm mit dem Besen, der vor seinem Gesicht herumfuhelte.

Er wich erit zurück. „Willst du — willst du!“ — Die Klar hinter ihm her mit dem Reiferdelen.

Die Deute lodten. Das war ja zum Rugeln.

Und der Kaiser lief nun. Er nahm richtig Weisheit. Er verpoch fast seinen Einkufuß. Die Klar hinter ihm her. Er trug sein Kleiderbündel. „Willst du — willst du!“ Sie trieb ihn durch den Hof, auf die Straße — zum Gaudium der Deute.

Er schämte sich und wollte sich verdrücken. Aber wohin? Es war nicht möglich. Er mußte, von allen Deuten gesehen, die ganze Gasse vorlaufen. Und er hinfte dabin, so schnell er konnte, seiner Schamgen nicht achtend. Die Klar stand als Siegerin am ihrem Tor und drohte ihm mit

